

Bericht zur Konferenz

Was ist die grüne Erzählung? – Grüne Ideengeschichten

von Cordula Eubel

Auf welche Ideengeschichten kann die grüne Strömung heute noch immer oder wieder zurückgreifen? Wie verortet sich grüne Politik in einer Zeit voller Umbrüche, durch die auch die offene Gesellschaft unter Druck geraten ist? Welche grünen Geschichten werden in den nächsten Monaten und Jahren zu erzählen sein? Und welche gesellschaftliche Geschichte sollte es sein, die von grünen Akteur/innen zu erzählen ist? Das waren zentrale Fragen, mit denen sich die Heinrich-Böll-Stiftung im Rahmen der Konferenz „Was ist die grüne Erzählung? Grüne Ideengeschichten“ beschäftigte. In Podiumsdiskussionen und Workshops wurden Themen von einer republikanischen Erzählung bis zu transnationaler Solidarität und Geschlechtergerechtigkeit diskutiert.

Ohne woher kein wohin

Visionär denken setze eine Auseinandersetzung mit der Geschichte von Ideen voraus, und zwar als Möglichkeits- und Erfahrungsraum, sagte Peter Siller, Leiter der Inlandsabteilung der Heinrich-Böll-Stiftung, in seiner Eröffnungsrede. „*Ohne Woher kein Wohin*“. Siller warf die Frage nach einer neuen republikanischen Erzählung auf: Grüner Politik komme eine neue Rolle zu in Zeiten, in denen es von rechts eine aggressive Abwendung von demokratischen und staatlichen Institutionen gebe. In einer Hinwendung zum Republikanismus gehe es um eine Verteidigung der grundlegenden demokratischen Institutionen, die immer auch den kritischen Geist der Weiterentwicklung und Erneuerung brauche: „Kritik nicht als Abwendung und Negation, sondern in der Absicht, es noch besser zu machen“, so Siller.

Er warf außerdem die Frage nach einer links-liberalen Verortung auf, für die auch der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck plädiert – eine Frage, die sich durch die Konferenz zog. Freiheit und Gleichheit müssten immer zusammengedacht werden, mahnte Siller, da beides elementar zusammenhänge. „Gesellschaftliche Liberalität kann es ohne soziale Teilhabe ebenso wenig geben wie soziale Teilhabe ohne gesellschaftliche Liberalität.“ Es gehe für die grüne Ideengeschichte genau um diese Verbindung von links und liberal, jenseits von sozial blindem Liberalismus und illiberaler Linker. Das gelte auch und gerade für die grüne Gestaltung der ökologischen Transformation – im Namen zukünftiger Freiheit und Gleichheit.

1. Eine republikanische Erzählung: Auf dem Weg zum grünen Politikverständnis

Warum ist die liberale Gesellschaft unter Druck geraten? Welche Rolle spielt Sprache in der Demokratie, wie lassen sich Menschen ansprechen und gewinnen? Und wie kann eine grüne Erzählung heute aussehen, auf welche Ideengeschichten aus den Anfangsjahren der grünen Bewegung kann sie zurückgreifen? Das waren Fragen, über die der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck mit dem Schriftsteller Durs Grünbein im Anschluss diskutierte, moderiert von Ellen Ueberschär, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Gefragt ist eine gesellschaftliche Erzählung

Für Habeck hat sich mit dem Jahr 2018 einiges geändert: „Wir reden nicht mehr über eine grüne Erzählung, sondern über eine gesellschaftliche Erzählung“, sagte er. Es müsse in diesen Zeiten nicht über parteitaktische Vorteile nachgedacht werden, sondern darüber, welche gesellschaftlichen Antworten gegeben werden können. Er plädierte für eine neue, links-liberale Ausrichtung. Ihm gehe es darum, in einer Gesellschaft Regeln zu finden, die möglichst vielen Menschen (kulturelle) Teilhabe ermöglichen. Denn das sei die aktuelle politische Auseinandersetzung: Soll ein gesellschaftlicher Raum für viele geschaffen werden – oder ein abgegrenzter „identitärer“ Raum?

Aus Sicht von Habeck war die grüne Idee in den 80er-Jahren auch deswegen so erfolgreich, weil sie eine ökologische Erzählung einer freiheitlichen Gesellschaft lieferte. Die Leute hätten den Wert der Ökologie für die Gesellschaft erkannt und gemerkt, dass eine kaputte Umwelt auch ihr Leben massiv einschränke und beenge. Schon damals sei der Kerngedanke gewesen, eine progressive und solidarische Gesellschaft zu gründen und zu verteidigen. Dieser Kern komme in der heutigen Zeit erst recht zur Entfaltung.

„Das Ringen um eine linksliberale Mehrheit beginnt“

Habeck schilderte seine Eindrücke von der Stimmung in der Gesellschaft aus den letzten zwei Monaten, gewonnen bei seiner Sommerreise durch Deutschland („Des Glückes Unterpand“) und zuletzt bei etlichen Wahlkampfauftritten im Bayern. Dort seien Zehntausende Menschen gegen Hetze auf die Straße gegangen, es gebe eine wache Zivilgesellschaft. Die CSU habe lernen müssen, dass das „Nachäffen“ der AfD nicht funktioniere, konstatierte der Grünen-Vorsitzende. „Man riecht, dass dieser Kampf nicht verloren gehen muss“, sagt er: „Das Ringen um eine eigene links-liberale Mehrheit beginnt.“

Für den Dichter Durs Grünbein ist die grüne Erzählung nicht am Ende. „Sie kann gar nicht aufhören, sie hat eine große Beständigkeit“, sagte er. Die grüne Idee betreffe die gesamte Menschheit, gehe in die Zukunft, beschäftige sich „mit dem großen klimatischen Ganzen“. Ein ganz konkretes Beispiel für eine „frühe grüne Erzählung“ ist für ihn das Kunstwerk „7.000 Eichen“ des Künstlers Joseph Beuys, 1982 auf der Documenta vorgestellt, bei dem über mehrere Jahre 7.000 Eichen in der Stadt Kassel gepflanzt wurden. Grünbein sagte, er habe nie verstehen können, dass manche Leute das grüne Engagement lächerlich machten („Die kümmern sich um Frösche“). Denen habe er gesagt: „Das ist doch ein Anfang.“

Nicht nur eine ökologische, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Erzählung

Der Schriftsteller forderte von den Grünen heute nicht nur den Einsatz für die Umwelt, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Erzählung. Bei der Parteigründung hätten viele Grüne sicher noch nicht über Rentenpolitik nachgedacht, aber jetzt seien sie selbst „in die Jahre gekommen“ und müssten das ganze Spektrum abdecken. Grünbein warf die Frage auf, wie populär die Grünen werden könnten. Wenn die Gesellschaft immer ausdifferenzierter werde, müssten die Grünen eigentlich das Zeug zur richtigen Volkspartei haben.

Aber was könnte das heißen: grüne Volkspartei? Robert Habeck mag dieses Etikett nicht wirklich. Es reiche jedenfalls nicht, 17-Prozent-Partei zu sein, sagte er mit Verweis auf die jüngsten Umfragewerte für seine Partei. „Davon kann man sich nichts kaufen, wenn man

keine gesellschaftlichen Bündnisse schließt“ – sei es mit der Freiwilligen Feuerwehr, der Kirche oder dem Gesangsverein.

Zeit, Bündnisse zu schließen

Der Gedanke von Bündnis 90 solle wieder neu zum Tragen kommen, forderte Habeck. Die Leute müssten einander nicht unbedingt mögen, könnten aber trotzdem Bündnisse schließen, vielleicht auch nur für eine gewisse Zeit, um gemeinsam etwas zu erreichen. „Man muss sich nicht beweisen, dass man das gleiche Leben führt und die gleichen Klamotten trägt“, sagte Habeck. Jetzt sei die Zeit, „dass Bündnis 90 seine intellektuelle Kraft entfaltet“.

Populär werden – ob das auch durch einen progressiven Populismus gelingen könne, wollte Grünbein wissen. Habeck hatte eine eindeutige Antwort darauf: „Ohne mich.“ Er glaube nicht, dass es in dieser Zeit zu wenig Populismus gebe. Im Gegenteil: Vielleicht könne Politik sogar populärer werden, indem sie auf Populismus verzichte. Außerdem müsse selbst zuhören können, wer gehört werden wolle.

Scharf konturierter politischer Streit ist in der Demokratie notwendig

Aber natürlich geht es auch um Sprache in der Politik, wenn ein Schriftsteller und ein ehemaliger Schriftsteller aufeinandertreffen. Habeck versuchte es erst einmal mit einer Zustandsbeschreibung: In den letzten Jahren habe die Politik verlernt zu streiten, das sei im Bundestagswahlkampf 2017 beim Kanzlerkandidaten-Duell zwischen Angela Merkel und Martin Schulz zu beobachten gewesen. „Die diskutierten wie Unterabteilungsleiter, die sich im Grundsatz einig sind“, sagte Habeck. Ein Jahr später sei die politische Auseinandersetzung nun eine gänzlich andere. „Die Zeit heute scheint nur noch aus Anbrüllen zu bestehen“, analysierte Habeck. Zwischen diesen beiden Polen müsse um Positionen gerungen werden, sagte er. „Politischer Streit, scharf konturiert, ist Voraussetzung für Kompromisse.“

Grünbein forderte eine stärkere Sensibilität im Umgang mit Sprache. Von grüner Seite gebe es wenige sprachliche Entgleisungen, bei vielen Parteien sei das aber anders. Ein Teil des politischen Spektrums lege es genau auf Spaltung durch Sprache an, sagte er: „Sprache wird in toxischer Absicht verwendet, um zu dehumanisieren, zu diskriminieren und auszugrenzen.“ Aus solcher Sprache könne auch „unmittelbar Gewalt werden“.

Von dem gebürtigen Dresdner wollte Ellen Ueberschär wissen, wie er die gesellschaftliche Stimmung im Osten nach Chemnitz einschätze. Sie verwies auf das Bündnis gegen rechte Gewalt, das sich unter dem Namen „Wir sind mehr“ gegründet hat. „Wir sind mehr“ – treffe das auf den Osten zu? „Im Moment wissen wir es nicht“, sagte der Dichter, der in Berlin und Rom lebt. Der Ruf „Wir sind das Volk“, mittlerweile wieder auf Demonstrationen im Osten zu hören, sei jedenfalls ein spalterischer Ruf, anders als 1989. „Da wird geträumt von der Volksgemeinschaft“, sagte Grünbein. Der politische Streit, der im Moment auf der Straße zu erleben sei, sei auch in die Buchsalons gekommen, erzählte er. Der Antaios-Verlag etwa gebe Empfehlungen, welche anderen Verlage nationalkonservative Bücher verlegen würden. „Es wird sortiert“, stellte Grünbein fest. Er selbst hatte sich im März dieses Jahres im Dresdner Kulturpalast mit dem Autor Uwe Tellkamp zum Streitgespräch über die Meinungsfreiheit getroffen.

Habeck wiederum stellte in der Kultur einen Streit um gesellschaftliche Normierung fest. Als Beispiel nannte er Länder wie Ungarn, Polen und Österreich, in denen die Politik

beispielsweise zu definieren versuche, wie Bühnenstücke am Theater aufgeführt werden sollten, Stichwort „Werktreue“. Die kulturelle Debatte sei keine Fußnote, sondern prägend für die Gesellschaftsdebatte, sagte Habeck.

Manifeste, die über die Tagespolitik hinausgehen

Grünbein sieht in der heutigen Zeit wieder die Notwendigkeit für „Manifeste, die über die Tagespolitik hinausgehen“, jenseits der Parteiprogramme. Seine Utopie sei die eines „Europa first“, eines Gesamteuropa, in dem die Nationalstaaten zurücktreten. „Europa wird verhindern, dass wir wieder in Kriegszustände kommen“, ist Grünbein überzeugt. Das eigentliche Produkt der europäischen Einigung sei der Frieden. Das sei aber offenbar „so banal“, dass keiner es mehr sehe.

Ob der emanzipative Moment aus dem Jahr 1989, der Gedanke der friedlichen Revolution, ein originärer Teil der grünen Erzählung geworden sei, fragte Ellen Ueberschär weiter. Habeck antwortete, er hoffe, dass es so sei. Doch in der Gesellschaft insgesamt sei nach der Wiedervereinigung „eine Deutung von Sieg und Niederlage“ zugelassen worden. Selbstkritisch fügte Habeck hinzu, dass auch ihm manchmal die Achtsamkeit fehle. Bei der Leipziger Buchmesse habe er einmal mit dem Soziologen Heinz Bude über 1968 diskutiert, als sich jemand aus dem Publikum gemeldet und angemerkt habe, dass `68 im Westen etwas anderes gewesen sei als im Osten. Da sei ihm klar geworden: „Wenn Westpolitiker über die deutsche Geschichte reden, fehlt es manchmal an Reflexion.“

Zeit für Aufklärung

Der Schriftsteller Grünbein jedenfalls sieht die Zeit für mehr Aufklärung gekommen. „Viele Streite auf den Straßen haben mit einer tiefen politischen Unkenntnis zu tun“, ist er überzeugt. Doch wie geht Aufklärung im Wahlkampf? Habeck führte sein Heimatland Schleswig-Holstein als Beispiel an, wo er bis vor Kurzem als Umweltminister tätig war. Bei den Landtagswahlen und der Kommunalwahl sei es dort gelungen, rechtspopulistische Parteien relativ klein zu halten, und das in einem strukturkonservativen Land, in dem Bauern und Bundeswehr zum Kernmilieu gehörten. „Die Leute haben eine zugewandte Debattenkultur erlebt“, berichtete Habeck – und zwar von allen Parteien. Und auch wenn es immer Leute gebe, die Verlierer einer bestimmten Politik seien, so hätten diese sich nicht als „missachtete Verlierer“ empfunden.

Im Wahlkampf hätten die konservativen und liberalen Parteien außerdem der Versuchung widerstanden, nur über Flucht und Migration zu reden. „Wir haben über alle Themen gestritten“, sagte Habeck. Die Demokratie sei deshalb als attraktiv empfunden worden. Sein Fazit: Hass und Angst mache seien immer der einfachere Weg; Mut zu machen sei hingegen anstrengender, länger, komplizierter. Letzteres sei viel Arbeit und politisches Handwerk: „Man muss das lustvoll bejahren.“

2. Eine Erzählung von der politischen Freiheit: Nicht links, nicht liberal, sondern linksliberal?

Mit welchen Begriffen lässt sich eine grüne Grundorientierung beschreiben? Wenn es um Etiketten wie links oder liberal geht, ist die Debatte schnell aufgeladen. Dass der deutsch-französische Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit „grün“ womöglich anders verorten würde als Britta Haßelmann, Erste parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, war von vornherein klar. Aber auch der Rechtswissenschaftler

Christoph Möllers, der als Professor Öffentliches Recht an der Humboldt-Universität lehrt, hatte eine dezidierte Meinung zu der Frage „links, liberal oder links *und* liberal?“, die Gegenstand der zweiten Podiumsdiskussion im Rahmen der Veranstaltung zu grünen Ideengeschichten war.

Liberalismus neu buchstabieren?

„Buchstabiert den Liberalismus neu“, lautete der Rat Cohn-Bendits für grüne Politik in Deutschland. Die Präsidentschaftswahl in Frankreich habe deutlich gezeigt, dass die festgefahrenen Ideologien der Parteien die Leute nicht mehr ansprächen. Verortungen wie „links“ und „rechts“ seien zwar leicht getätigt, aber wenn ein bisschen an der Oberfläche gekratzt werde, reiche diese Orientierung nicht aus. Antieuropäerinnen und Antieuropäer gebe es von links und rechts, ebenso Unterstützerinnen und Unterstützer von Diktaturen, in Frankreich sei die Linke außerdem für Atomkraft. Der langjährige Europaabgeordnete erzählte von dem Moment in seinem Leben, in dem er gezwungen war, sich politisch noch einmal neu zu definieren: als er 1999 zum ersten Mal für die französischen Grünen Spitzenkandidat bei der Europawahl wurde. „Europäisch, ökologisch, liberal und libertär“ – das waren die Begriffe, die er damals wählte. Cohn-Bendit begründete dies als Aktivist der 68er-Generation damit, „die liberale, demokratische Grundordnung selbstkritisch nach 30 Jahren als einen Wert für Grüne zu definieren“.

Laut Christoph Möllers sind die Grünen jetzt in der Lage, links zu sein und gleichzeitig „die eigentlich Liberalen“. Wenn das dann noch mit einer „positiven Affektseite“ besetzt werde, wie Habecks Plädoyer fürs Mutmachen, sieht er großes Potenzial: „Das ist eine Goldgrube, die bei den Grünen noch nicht alle so gesehen haben“, sagte Möllers. In der grünen Strömung habe auch der liberale Strang von Anfang an eine wichtige Rolle gespielt, mit einer stark anarchischen und staatskritischen Tradition. Bis heute sei es eine Stärke grüner Politik, dass sie aus den Bewegungen komme. Irgendwann seien die Grünen allerdings „sehr staatstragend“ geworden, mit „starkem moralischen Überschuss“. In der Außenwahrnehmung passten diese beiden Stränge manchmal nicht überein.

Britta Haßelmann sieht die Frage eher pragmatisch als grundsätzlich. „Die Grünen lassen sich nicht so leicht etikettieren“, sagte sie. Sie selbst sei 1989 als parteilose Initiativenvertreterin zu den Grünen gekommen. Es habe sie gereizt, dass grüne Politik die ökologische und die soziale Frage verbunden habe, zusammen mit dem Feminismus und der Bürgerrechtsfrage. „Wir haben einen Grundwertekanon, der viel breiter ist“, sagte Haßelmann. Den Geschlechterblick und die Frage nach dem Rechtsstaat hält sie heute wieder für zentral. Derzeit werde der Feminismus infrage gestellt wie schon lange nicht mehr. Und angesichts des erstarkten Rechtspopulismus müsse grüne Politik in diesen Bereichen die Errungenschaften wieder „stärker verteidigen, als wir dachten“, sagte sie.

Der Zuwachs rechtspopulistischer Parteien ist mit der sozialen Frage allein nicht zu erklären

Im Bundestag hat Haßelmann die Erfahrung gemacht, dass die AfD jede Debatte auf das Thema Flüchtlinge zurückführe: „Das Grundmuster ist der Rassismus und die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.“ Dass der Rechtspopulismus Stimmengewinne verzeichne, sei aber nicht mit der sozialen Frage zu erklären. Ähnlich sieht es Cohn-Bendit, der diese Bewegungen durch eine „völkische Frage“ motiviert sieht.

Der Verfassungsrechtsexperte Möllers hält im Umgang mit Rechtspopulismus eine „Doppelbewegung“ für notwendig. Einerseits sei eine klare Abgrenzung erforderlich, etwa

gegen Rassismus oder Sexismus. Doch mit den anderen, die noch die demokratische Grundordnung verträten, sei trotzdem eine politische Auseinandersetzung zu führen. „Wie eine Ansprache finden für Nationalkonservative, die noch nicht faschistoid sind?“, fragte Möllers. Das „Versteher-Image“ gegenüber den „besorgten Bürgern“ sei jedenfalls absurd geworden, sagte er.

Möllers bezeichnete es als „Fluch und Segen“, dass keine Wählerklientel so weit von der AfD entfernt sei wie die der Grünen. Einerseits könne sich so ein links-liberales Milieu durch klare Abgrenzung des eigenen Wertekanons versichern. Andererseits mache der Abwehrkampf zwischen Liberalen und Nicht-Liberalen, zwischen Demokratinnen und Demokraten einerseits und Nicht-Demokratinnen und Nicht-Demokraten andererseits auch die andere Seite stärker. Sein Fazit: „Da ist eine seltsame Dialektik am Werk.“

3. Eine Erzählung von sozialer Teilhabe: Kapital, Arbeit, Infrastruktur

Wo steht Deutschland in der sozialen Frage? Was kann getan werden gegen Ausgrenzung und Segregation in der Gesellschaft? Und was ist das spezifisch Grüne an Teilhabepolitik? Darüber diskutierten, moderiert von Elisabeth Niejahr, Chefreporterin der Wirtschaftswoche, am zweiten Tag Lisa Herzog, Professorin für politische Philosophie in München, und Cornelia Koppetsch, Soziologieprofessorin an der Universität Darmstadt, mit Peter Siller.

Eine neue Klassengesellschaft?

Cornelia Koppetsch lieferte zunächst einmal eine Bestandsaufnahme. Einerseits seien die Zahl der Arbeitslosen und die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland niedrig und es gebe eine Million offener Stellen. Gleichzeitig seien ein steter Anstieg atypischer Beschäftigung festzustellen (aktuell sieben Millionen Menschen) und ein hoher Anteil von Beschäftigten im Niedriglohnsektor (ein Fünftel der Bevölkerung mit einem Stundenlohn von bis zu 10 Euro). Hinter diesen Zahlen verberge sich aber noch ein anderer Befund. In Deutschland sei seit den 90er-Jahren eine neue Drei-Drittel-Klassengesellschaft entstanden, sagte Koppetsch. Zum einen gebe es Akademikerinnen und Akademiker mit guten Einkommen und/oder Vermögen und „kulturell avancierten Lebensstilen“. Zum anderen gebe es eine Unterklasse, die sich unter anderem aus Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern und dem „Dienstleistungsproletariat“ zusammensetze. Dazwischen stehe eine „traditionelle“ Mittelklasse, die lange tonangebend gewesen, mittlerweile aber in die Defensive gedrängt worden sei. Die Soziologin stellte eine „sich hochschaukelnde“ Polarisierung der Gesellschaft fest. Fragen der Kultur und der Bildung führten zu neuen Ungleichheiten.

Die Philosophin Lisa Herzog verwies in ihrer Analyse auf den Soziologen Pierre Bourdieu, der gesellschaftliche Klassen nach der Ausstattung mit Kapitalarten unterscheidet (soziales, ökonomisches und kulturelles Kapital). Herzog warf die Frage auf, wie es gelingen könne, möglichst viele Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Es sei ein Problem, dass viele Leute nicht mehr an Diskursen darüber beteiligt seien, wohin es mit der Gesellschaft gehen solle.

Chancengleichheit über das ganze Leben hinweg

Herzog konstatierte außerdem eine „Flaschenhals-Gesellschaft“: Es gebe Punkte im Leben, an denen sich das spätere Fortkommen entscheide. Sie sieht hier eine große Aufgabe für die Bildungspolitik, Chancengleichheit müsse über das ganze Leben hinweg

gedacht werden. „Wir müssen dafür sorgen, dass sich nicht früh entscheidet, wo es später unvermeidlich hingehet“, forderte sie. Notwendig sei dafür ein besseres soziales Netz, das es einem erlaube, sich umzuorientieren oder vorübergehend aus dem Job auszusteigen. Außerdem müsse es deutlich mehr Weiterbildungsmöglichkeiten geben, auch für spätere Phasen im Leben.

Von einem Grundeinkommen, wie es derzeit auch im grünen Milieu wieder intensiver diskutiert wird, hält Herzog allerdings nicht viel. Die Gesellschaft könne es sich nicht leisten, den Raum der Arbeit nicht aufrechtzuerhalten, sagte sie. Dieser breche zwar in Segmente auseinander, sei aber immer noch ein Raum, in dem soziale Kontakte stattfänden – und für den im Übrigen auch die Frauenbewegung immer gekämpft habe. Für notwendig hält sie stattdessen eine Demokratisierung der Arbeitswelt. „Wir müssen die Arbeitswelt sehr viel stärker partizipativ sehen“, sagte sie.

Wie aber umgehen mit der neuen sozialen Spaltung? Die Philosophin Herzog fordert mehr Anerkennung für das untere Drittel der Gesellschaft – in Form von besserer Bezahlung, aber auch von mehr Wertschätzung. „Wir können unsere hoch spezialisierten intellektuellen Jobs nur machen, weil andere die anderen Arbeiten machen“, sagte sie. Die Soziologin Koppetsch wiederum verwies darauf, dass es für den schlecht entlohnten DHL-Fahrer nicht nur um die Höhe des Lohns gehe, sondern auch um Fragen der Existenzsicherung wie die Rente. Hier müsse eine „Grundsicherung“ geschaffen werden. Außerdem führe nichts daran vorbei, atypische Beschäftigungsverhältnisse zugunsten von regulären Jobs zu reduzieren, mahnte Koppetsch. Viele verheiratete Frauen, die heute Minijobs machten, hätten später keine eigenen Rentenansprüche. Auch die akademische Welt sei voller Befristungen. „Die Leute haben Angst“, sagte die Soziologin. Das verhindere Teilhabe und führe zu einem großen Konformitätsdruck.

Für soziale Teilhabe sind öffentliche Räume notwendig

Nach Ansicht von Peter Siller muss die Debatte über soziale Teilhabe jenseits der sozialpolitischen Routinen geführt und nicht auf die Sozialversicherungssysteme verengt werden. Ein Schlüssel für Gerechtigkeit und Teilhabe liege vielmehr in der Stärkung und Erneuerung der öffentlichen Räume und Netze. Für ihn gibt es einen fundamentalen Zusammenhang zwischen Selbstbestimmung und sozialer Teilhabe. Natürlich müsse es eine bessere Entlohnung und mehr Wertschätzung für schlecht entlohnte und physisch belastende Dienstleistungsjob geben, sagte Siller. Einen Aspekt hält er jedoch für völlig unterbelichtet: „Wir müssen die Frage der öffentlichen Räume nach vorne stellen“, forderte er. Die Arbeitswelt sei ein solcher öffentlicher Raum, aber es sei noch breiter zu fragen, wo eine Gesellschaft zusammenkomme. „An dieser Frage wird sich entscheiden, ob wir eine integrative oder desintegrative Gesellschaft haben“, zeigte sich Siller überzeugt. Ziel sei es, die Orte zu stärken, an denen zum einen der Zugang zu den entscheidenden öffentlichen Gütern hergestellt werde und sich zum anderen „die Unterschiedlichen“ tatsächlich begegneten, auch die sozial Unterschiedlichen. Nur so könne die Schichtengesellschaft aufgesprengt werden.

Siller erinnerte dabei an die Sozialdemokratie des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, in der das Genossenschaftliche eine große Rolle gespielt habe, etwa die gemeinsam gestaltete Schule oder der Gesangsverein: eine „Frühform des öffentlichen Raums“, wie Siller feststellte. Die grüne Strömung habe daran in ihrer Gründungsphase angeknüpft. In der heutigen Zeit sieht er zwei Probleme. In der abstiegsverängstigten Mittelschicht gebe es eine Furcht davor, den öffentlichen Raum zu betreten. Aber auch von der anderen Seite gebe es Angst vor der Begegnung mit der „anderen Gesellschaft“.

Für notwendig hält Siller es außerdem, sich die privaten Träger genauer anzusehen. Erfüllen diese die Kriterien, die an einen öffentlichen Raum gelegt werden sollten? Etwa wenn es um Schulen in nicht staatlicher Trägerschaft geht: Haben hier Kinder aus allen Schichten Zugang? Siller verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Heinrich-Böll-Stiftung vor einem halben Jahr ein vertieftes Projekt zum öffentlichen Raum gestartet habe.

Wie sieht die grüne Idee von sozialer Teilhabe aus?

Moderatorin Elisabeth Niejahr, Chefreporterin der Wirtschaftswoche, stellte die Frage, was das spezifisch Grüne an Teilhabepolitik sei. In der grünen Strömung sei umstritten, welchen Stellenwert das Soziale habe, nach außen sei die Partei in dieser Frage nicht so konturiert wie in der Ökologie oder beim Pazifismus, stellte sie fest. Niejahr skizzierte die Unterschiede zwischen sozialdemokratischer und grüner Sozialpolitik. Nach ihrer Einschätzung werde grüne Sozialpolitik tendenziell eher aus Altruismus denn aus Egoismus betrieben. Die feministische Ausrichtung der Partei führe zu einem anderen Blick auf Themen, etwa wenn es um Teilzeitstellen oder um Alleinerziehende gehe. Seit den 90er-Jahren sei außerdem das Thema der Generationengerechtigkeit hinzugekommen. Sozialdemokratische Debatten verliefen hingegen entlang der Tarifautonomie und der Rolle der Gewerkschaften und seien eher an den Interessen der männlichen Facharbeiterschaft orientiert.

Für mehr soziale Durchmischung sorgen

Koppetsch definierte zunächst die Aufgabe, welche die Sozialdemokratie aus ihrer Sicht übernehmen müsste: weg von privilegierten, meist männlichen Arbeitnehmern, die tarifvertraglich geschützt arbeiten, hin zu atypischen Jobs, die tendenziell von Frauen ausgeübt werden. Sie empfiehlt der Sozialdemokratie, an der Stellschraube Hartz IV zu drehen, die Regelsätze anzuheben und damit in der Folge auch die Löhne im unteren Bereich, etwa für Leiharbeit oder Care-Berufe. Aufgabe grüner Politik sei es hingegen, Ideen für mehr soziale Durchmischung zu entwickeln. Dazu gehört aus ihrer Sicht eine Bildungspolitik, die Schulen deutlich besser ausstattet. Nur so sei dafür Sorge zu tragen, dass Akademiker-Eltern ihre Kinder nicht an Privatschulen geben. Ihnen könne es schließlich niemand verübeln, dass sie das Beste für ihre Kinder wollten.

Die Frage nach einer stärkeren Öffnung von Schulen hält auch Herzog für zentral. Spezifisch grün wäre aus ihrer Sicht außerdem die Idee, Wachstum zu hinterfragen; keine andere politische Strömung könne die Diskussion über andere Wirtschaftsmodelle so führen wie die Grünen. Für zentral hält sie zudem die Fragen nach einer geschlechtergerechten Arbeitswelt und nach mehr Mitbestimmung.

Digitalisierung ist kein Naturereignis

Beim Blick auf die Teilhabe an Arbeit ging es natürlich auch um die Digitalisierung. Herzog beklagte, dass diese oft wie ein „Naturereignis“ gesehen werde. Dabei hänge die Frage, welche Verteilung und wie viele Verliererinnen und Verlierer es gebe, von der politischen Gestaltung ab. Auch Siller bezeichnete es als problematisch, wenn ein Bild von der Alternativlosigkeit gezeichnet werde. Wohin die Digitalisierung die Gesellschaft treibe, hänge davon ab, ob diese in der Lage sei, sich diese Technologie anzueignen.

Und wie sollte der Umgang mit Kapital in Zeiten der Digitalisierung aussehen? Herzog

äußerte Unverständnis darüber, dass Staaten sich nicht stärker zusammenschließen, um internationale Konzerne zu besteuern und die Kapitalflucht zu begrenzen. „Alle wissen: Wir bräuchten dieses Geld für öffentliche Infrastruktur“, sagte sie. Ein Thema nicht nur für die grüne Erzählung, sondern für alle demokratischen Staaten.

Auch Siller hält es für notwendig, über die Besteuerung von Kapital in Zeiten der Automatisierung nachzudenken – sei es in Form einer Maschinensteuer oder durch Vermögensbesteuerung. Darüber hinaus empfiehlt er „klassische Ordnungspolitik“ und „fairen Wettbewerb“: Warum lassen sich Konzerne, die wie Facebook und Google de facto eine Kartellstellung haben, nicht zurechtstutzen oder entflechten?

Zum Ende der Podiumsdiskussion fragte aus der Publikum heraus der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Strengmann-Kuhn selbstkritisch, warum es bisher nicht gelungen sei, die grüne Erzählung von sozialer Teilhabe stärker in die Partei und die Öffentlichkeit zu bekommen. Der Sozialpolitiker verwies dabei auf den Bericht des Zukunftsforums „Antworten auf die auseinanderfallende Gesellschaft“, das im Jahr 2011 einen umfassenden Bericht zum Thema vorgelegt hatte.¹

4. Eine ökologische Erzählung: Neues im Verhältnis von Mensch, Technik und Umwelt

Das ökologische Projekt hat damit zu kämpfen, politische Mehrheiten zu finden. Wie lassen sich mehr Menschen dafür begeistern? Muss grüne Politik in Zeiten des fortschreitenden Klimawandels radikaler werden – oder umgekehrt versuchen, möglichst viele Menschen mitzunehmen, und dadurch Relevanz beweisen? Und vor welchen Hürden steht ökologische Politik, wenn sie umgesetzt werden soll? Über diese Fragen diskutierten, moderiert von Ellen Ueberschär, Berlins Verkehrssenatorin Regine Günther und taz-Chefreporter Peter Unfried im Anschluss.

Zu Beginn gab Günther einen Einblick in den Regierungsalltag. Grundvoraussetzung zur Umsetzung ökologischer Politik sei ein guter Koalitionsvertrag. Erfreulich sei, dass es in der rot-rot-grünen Koalition der Berliner Landesregierung das gemeinsame Verständnis gebe, dass die Probleme größer würden, wenn sich nichts ändere. Mit dem Mobilitätsgesetz sei nun die gesetzliche Grundlage geschaffen, um etwas ändern zu können. Günther wies auf ein Dilemma hin: In der Bevölkerung gebe es die Erwartungshaltung, dass es schnell zu Veränderungen kommen müsse. Gleichzeitig sei in Berlin lange zu wenig investiert worden, diese Schulden seien nun abzutragen. Nicht nur bei der Gesetzgebung, sondern auch bei der Umsetzung komme es darauf an, die Menschen zu beteiligen, sagte die parteilose Senatorin: „Es gibt eine Erwartung der Stadtgesellschaft in Berlin, dass es anders als früher gemacht wird.“

Nach Ansicht von taz-Autor Peter Unfried ist das Berliner Fahrradgesetz „ein gutes Beispiel dafür, dass die Bürgergesellschaft sich selbst ermächtigt hat“. Die Initiative von Heinrich Strößenreuther habe ihre Kampagne professionell betrieben und sei auch „so fies“ gewesen, wie es notwendig sei. „Eine gesellschaftliche Kraft mit Know-how traf auf eine für die Sache bereite Regierungskonstellation“, analysierte Unfried. Bei der Umsetzung des Mobilitätsgesetzes hält er klare Worte seitens der Politik für notwendig: „Da muss die knallharte Ansage kommen, Autofahrer haben zu viel Platz, Radfahrer zu wenig.“

¹ Link:

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/201106_Erster_Bericht_Zukunftsforum_Gesellschaft.pdf

Günther entgegnete, die Vorgabe der Koalition, dass künftig ÖPNV, Radfahrerinnen und Radfahrer sowie Fußgängerinnen und Fußgänger Vorrang haben sollten, stoße auf „unglaublich breite Akzeptanz“. Luftverschmutzung sei ein „enormes Thema“ geworden. Selbst beim ADAC gebe es Verständnis, und Teile der Autoindustrie setzten mittlerweile stark auf Carsharing, weil sie wüssten, dass die Autonutzung in den Städten sich verändere. „Wir regieren nicht an den Mehrheiten vorbei“, sagte Günther.

Beide Diskutant/innen stellten fest, dass das hohe Tempo der technologischen Entwicklungen im Mobilitätsbereich die Politik zum Handeln zwingt. Taz-Autor Unfried berichtete von einer Reise ins Silicon Valley: Für „die Jungs“ dort spielten Mobilitätskonzepte keine Rolle, für sie stehe aber fest, dass es in Zukunft vor allem Elektroautos geben werde, die autonom fahren. Und das wiederum habe Auswirkungen auf die Politik, die stärker regulatorisch eingreifen müsse: „Daten absaugen, das passt nicht zur grünen Erzählung“, wandte Unfried ein. Auch Günther warnte vor dem Abrutschen in ein unerwünschtes Gesellschaftssystem: Leihfahrräder, Autos, Kühlschränke – wenn alle Daten verknüpft würden, gebe es keine informationelle Selbstbestimmung mehr. „Da wird die persönliche Freiheit bedroht“, sagte sie – und plädierte ebenso wie Unfried für eine schnelle politische Regulierung.

Wie werden Mehrheiten erreicht?

Im zweiten Teil der Diskussion ging es um die Frage, wie (und ob) sich Mehrheiten für eine sozialökologische Politik gewinnen lassen. Unfried warf die Frage nach Relevanz versus Radikalität auf, wie sie zuletzt Robert Habeck und Winfried Kretschmann gestellt hatten: Wird grüne Politik zu wenig radikal, wenn sie nach Relevanz strebt? Geht umgekehrt die Relevanz verloren, wenn radikale Forderungen aufgestellt werden? Dieser Widerspruch sei für ihn noch nicht aufgelöst, stellte Unfried fest. Kretschmann habe es geschafft, Vertrauen für eine sozialökologische Politik zu gewinnen. Doch im sozialökologischen Sinne zu handeln sei ihm bisher nicht ausreichend gelungen.

Günther äußerte hingegen die Hoffnung, dass sich in der Öko-Frage seit dem heißen und trockenen Sommer ein Paradigmenwechsel abzeichne. „Die Leute nehmen wahr, was passiert, wenn es wieder mal zwei Wochen nicht regnet. Sie haben einen Vorgeschmack bekommen, worauf wir uns vorbereiten müssen“, sagte sie. Die Grünen seien in der Frage am besten aufgestellt. „Die Leute sehen gerade, dass es richtig war, was wir in den vergangenen zehn Jahren gesagt haben.“

Kann eine ökologische Politik also doch mehrheitsfähig werden? Unfried stellte die These auf, dass das emanzipatorische Projekt der liberalen Moderne an seine Grenzen gekommen sei. Dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron als großem Europäer sei es zwar gelungen, viele Leute mitzunehmen. „Aber ‘öko’ hat er nicht in seinem Portfolio drinnen, sonst wäre er nicht mehrheitsfähig“, analysierte Unfried.

In Deutschland gebe es derzeit ein riesiges Vakuum, das die Sozialdemokratie nicht mehr füllen könne. „Ökologie gehört dazu, aber man darf sich nicht darauf reduzieren und darauf bestehen“, sagte er. Ziel sei es, in Bewegung zu kommen, denn die Ökologie sei nicht der Grund, warum die Leute mehrheitlich etwas wählten. Es nutze leider auch nichts, darauf zu insistieren, sagte der Journalist. Wenn er selbst erkläre, er sei Sozialökologe und Sozialökologie sei die Lösung, funktioniere das noch nicht einmal im taz-Milieu.

Gewissheiten infrage stellen

Grundsätzlich sieht Unfried in allen Teilen der Gesellschaft „das Bedürfnis, Halt und Boden unter den Füßen zu finden“. Das sei der richtige Moment, um von dem loszulassen, was jede und jeder immer gedacht habe, und sich nicht mehr die Frage zu stellen „Wer bin ich?“, sondern „Wer will und kann ich sein?“. Doch neben dem Infragestellen von bisherigen Gewissheiten kommt es nach Ansicht von Unfried auch auf den Versuch einer besseren Verständigung innerhalb der Gesellschaft an. Es gebe nichts, was einen Teil der Leute mehr „kirre“ mache als das Binnen-I und das Gender-Sternchen. Wer verstanden werden wolle, müsse „eine Sprache finden, in der sich beide wohlfühlen“, mahnte Unfried. Eine These, der Günther ausdrücklich widerspricht: Der Widerstand gegen geschlechtergerechte Sprache resultiere vor allem aus „unterschiedlichen Gedankenwelten“.

Allianzen mit dem Teufel schließen?

Ähnlich wie Grünen-Chef Habeck mahnte Unfried neue Bündnisse an. Wenn in der ökosozialen Frage Fortschritte erzielt werden sollten, müsse sich die grüne Strömung trauen, Allianzen zu schließen mit „Leuten, die anders sind als wir“, sagte er. Über seinem Schreibtisch habe er deshalb ein Zitat des Politologen Claus Leggewie hängen, das er zutreffend finde: „Für die ökologische Transformation musst du dich auch mit dem Teufel verbinden.“

Anders wird es also nicht gehen? Auch dieser These widerspricht Günther, die als Klimaexpertin lange für die Natur- und Artenschutzorganisation WWF gearbeitet hat: „Wir haben uns damals intensiv bemüht, mit dem Teufel ins Gespräch zu kommen“, sagte sie. Aber es habe nicht funktioniert. Sie sei damals bereit gewesen, mit allen zu reden, um das Zwei-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung zu erreichen. Doch viele seien immer noch nicht bereit zu handeln – das zeige nicht zuletzt der Dieselskandal.

Ästhetik und Kultur

Zum Ende der Debatte griff Moderatorin Ellen Ueberschär ein weiteres Thema auf: Das Thema Ästhetik und Kultur habe, so Ueberschär aus ihrer Sicht eine Vertiefung bei anderer Gelegenheit verdient. Die Frage, wie eine moderne Großstadt aussehe, sei ein Riesenthema, sagte Günther. Ob in Berlin, London, Paris, Moskau oder Los Angeles – überall würden die gleichen Fragen gestellt: Wie kann es mehr Grün in der Stadt geben? Wie funktioniert die Anpassung an den Klimawandel? Wie lässt sich der Autoverkehr zurückdrängen, ohne ihn komplett zu verbannen? Wie kann mehr Raum für Fußgängerinnen und Fußgänger geschaffen werden? Das Thema berühre die Menschen in den Städten unmittelbar, sagte Günther: „Sobald es um unmittelbare Umgebung geht, ist die Beteiligung enorm.“

Abschlusspanel – lessons learned?

Welche Ideen von einer grünen Erzählung sollten weiter vertieft werden? Was sind die „lessons learned“? Zum Abschluss der Konferenz zogen Michael Kellner, Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, Peter Siller, Leiter der Inlandsabteilung der Heinrich- Böll-Stiftung, und Cordula Eubel, Redakteurin beim Tagesspiegel, ein kurzes Fazit.

Nach Ansicht von Bundesgeschäftsführer Michael Kellner spielt die „gleichrangige Fusion“ von Bündnis 90 und den Grünen in der grünen Erzählung bisher eine zu geringe Rolle.

„Wir reden viel über 1968 und viel zu wenig über 1989“, sagte er. Es sei ein Problem, wenn die Grünen als westdeutsche Partei wahrgenommen würden, die sie nicht seien. Kellner wies darauf hin, dass die Gesellschaft heute – angesichts der Digitalisierung – auch von den Erfahrungen nach der friedlichen Revolution lernen könne. „Ostdeutsche haben abrupte Veränderungen ganz analog und real erfahren“, sagte er. Es gehe darum, die jetzt anstehenden Veränderungen klüger zu gestalten als damals.

Kellner warnte auch davor, bei der grünen Erzählung nur über eine Tradition zu reden. Zu den grünen Wurzeln gehörten Begriffe wie „links“, „sozial“, „emanzipatorisch“, „liberal“, „ökologisch“ und „konservativ“. Er plädierte außerdem für eine grüne Erzählung von der Sozialpolitik. Es sei klar, dass die Grünen auf der emanzipatorischen Achse für eine offene Gesellschaft stünden und proeuropäisch ausgerichtet seien. Aber es gebe auch die Achse „sozial“ versus „marktliberal“ (bzw. „links“ versus „rechts“), die eine enorme Bedeutung habe.

Für Tagesspiegel-Redakteurin Cordula Eubel ist es vor allem ein Erzählstrang, der stärker konturiert werden könnte: So sei in der Sozialpolitik noch unklar, welche Antworten grüne Politik künftig geben werde. Wie wollten die Grünen soziale Teilhabe ermöglichen, welche Rolle spielten Transfers und Institutionen dabei? Auch die Frage nach einem „grünen Kapitalismus“ und dessen Ausgestaltung sei in der Debatte noch unscharf geblieben. Vertieft werden sollte aus ihrer Sicht die Idee einer republikanischen Erzählung in Zeiten, in denen Institutionen von rechts unter Druck gerieten. Bei der Diskussion über Digitalisierung und die Zukunft der Arbeitswelt sieht die Journalistin die Grünen mit der Erwartung konfrontiert, immer auch Vordenker/innen zu sein und neue Antworten geben zu müssen. In der Sozialpolitik solle die Partei außerdem immer speziell grüne Perspektiven mitdenken, etwa die Frauenperspektive.

Spannend sei außerdem die Frage nach der Mehrheitsfähigkeit: Wäre grüne Politik tatsächlich bereit, Bündnisse zu schließen und sich notfalls auch „mit dem Teufel zu verbünden“, wie taz-Autor Peter Unfried es gefordert hatte? In Habecks Plädoyer für eine links-liberale Orientierung sieht die Journalistin keine Gefahr, dass die Grünen dadurch auf ein FDP-Label reduziert werden könnten. Habeck betone – ebenso wie Peter Siller – nicht nur das Liberale, sondern auch das Linke, es gehe sowohl um Freiheit als auch um Gleichheit.

Für die Heinrich-Böll-Stiftung griff Peter Siller mehrere Punkte heraus: In der Debatte um Demokratie und Republikanismus halte er es für eine interessante Frage, wie Protest und Bewegung Institutionen und gesellschaftliche Strukturen besser machen könnten. Auch die Debatte über den öffentlichen Raum sei noch ganz am Anfang: Wie und an welchen Orten finde gesellschaftliche Begegnung statt? In der Diskussion über links und liberal warb er dafür, über beide Aspekte nachzudenken, Freiheit und Gleichheit. „Den Kampf um Liberalismus gewinnt man nur, wenn man die Frage der sozialen Teilhabe mitbearbeitet“, sagte Siller. „Freiheit, Gleichheit, Ökologie“ formulierte er in Abwandlung des Mottos der Französischen Revolution. Als weiteren Punkt sprach er die Frage an, die auch Kellner thematisiert hatte: Was könnte die heutige Gesellschaft aus den Transformationserfahrungen der Ostdeutschen lernen? Für noch ungelöst hält er die Frage nach der Veränderungsgeschwindigkeit in einer forcierten Moderne: Im Zweifel langsamer verändern und die Gesellschaft dafür besser mitnehmen? Oder den Mut haben, Dinge so voranzutreiben, dass sie eine Gesellschaft herausfordern?